Südthüringer Unternehmer: AfD-Beteiligung als Rettung für die Wirtschaft?

Umfrage: 60% der Südthüringer Unternehmer befürworten AfD-Beteiligung an Landesregierung. Frustration mit etablierten Parteien wächst.

Die Unternehmer in Südthüringen haben genug von den etablierten Parteien. Dies geht aus einer aktuellen Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) Südthüringen hervor, bei der 60 Prozent der Unternehmer sich eine Beteiligung der AfD an der nächsten Landesregierung wünschen. Bei der nicht repräsentativen Umfrage nahmen 1.321 der insgesamt rund 26.000 IHK-Mitglieder teil.

Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) befürwortet eine Koalition zwischen CDU und AfD, was das Ende der sogenannten Brandmauer zwischen den Parteien bedeuten würde. Weitere

knapp zwölf Prozent haben das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren und unterstützen eine Koalition aus AfD und BSW. Nur 23,5 Prozent der Unternehmer favorisieren das derzeit diskutierte Modell einer Koalition aus CDU, BSW und SPD.

Politische Frustration in der Unternehmerlandschaft

Torsten Herrmann, Präsident der IHK, sieht in den Umfrageergebnissen eine zunehmende Frustration der Unternehmer mit den neu gewählten Landespolitikern. Herrmann betonte, dass Thüringen es sich nicht leisten könne, durch Machtkämpfe im Landtag gelähmt zu werden. „Wir können und wollen nicht erneut erleben, dass ein Landtag in internen Machtkämpfen erstarrt, noch ehe er begonnen hat zu arbeiten," erklärte er.

Die IHK befürchtet, dass die kommende Legislaturperiode wieder von einer Politik gegen die AfD geprägt sein wird, anstatt die drängenden Probleme in Thüringen gemeinsam anzugehen. Laut der IHK sei es wichtig, Entscheidungen auf der Grundlage von Fakten zu treffen und ein Drittel der Wählerschaft dürfe bei der Regierungsbildung nicht außen vor bleiben.

Wirtschaftliche Herausforderungen im Fokus

Die befragten Unternehmer betonen jedoch, dass die CDU darauf bestehen müsse, dass sich die AfD von „rechtsextremen" und „völkischen" Äußerungen distanziere. Auch müsse der AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke von politischen Ämtern in der neuen Regierung ausgeschlossen werden. Nur vier Prozent der Befragten bevorzugen eine linke Landesregierung aus Linken, BSW und SPD.

Herrmann erklärte weiter, dass es der Wirtschaft vor allem darum gehe, das Abrutschen der Thüringer Industrie zu stoppen,

da diese für viele andere Branchen wichtig sei. Die Unternehmer erwarten von der Politik, dass sie nicht in die Lohnfindung eingreift. Herrmann hob hervor: „In Wirtschaft wie in Politik gilt der Grundsatz, dass es nicht ausreicht, gegen etwas zu sein, wenn man erfolgreich sein will. Vielmehr muss klar gesagt werden, was man will und wohin die Reise gehen soll und dann geht es um das kraftvolle Umsetzen.“

Diese Entscheidung folgt auf jüngste Entwicklungen, **wie www.freilich-magazin.com in einem aktuellen Artikel darlegt**.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de